



Interviews

Datum: 1. August 2024

Jürgen Hardt, CDU-Außenpolitiker, im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Jürgen Hardt (CDU) ist außenpolitischer Sprecher der Unions-Bundstagsfraktion. 2021 trat er im Wahlkreis Solingen-Remscheid-Wuppertal in Nordrhein-Westfalen an. – Guten Morgen.

Jürgen Hardt: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Hardt, was ändert sich mit Hanijas Tod?

Hardt: Wir sind an einem Punkt, den wir ja im April diesen Jahres schon erlebt haben, dass eine entsprechende Aktion der einen Seite allein zur Gesichtswahrung auf der anderen Seite eine Gegenreaktion erfordert. Wir sind aber nach wie vor in der Situation, dass weder der Iran, noch Israel eine Ausweitung der Kampfhandlungen in der Region wollen. Israel will die Hamas besiegen und sicherstellen, dass es aus dem Gaza-Streifen nicht wieder angegriffen wird, aber Israel will auch erreichen, dass im Norden Israels, also im Süden des Libanon, ein Stück weit mehr Normalität eintritt, denn es gibt ja ganz viele Menschen in Israel, die evakuiert sind aus dem Norden Israels und die eigentlich gerne wieder in ihre Dörfer zurück wollen, und für die politische Führung in Tel Aviv wäre es von einem großen Vorteil, wenn man hier einen Fortschritt erreichen würde. Deswegen glaube ich, dass nach wie vor auf beiden Seiten ein Bestreben da ist, die Dinge nicht so weiter zu eskalieren, dass es zu offenen Kriegshandlungen kommt. Allerdings fürchte ich, auch nach den Ankündigungen aus Teheran, dass es eine Reaktion des Iran gegen Israel geben wird, in den nächsten Stunden oder Tagen, vielleicht vergleichbar wie die im April dieses Jahres, wo ja Israel gemeinsam mit vielen Verbündeten nahezu alle Angriffe wirksam abwehren konnte. Aber ob das in einem Wiederholungsfall auch so ist, ist ein großes Fragezeichen.

Heinemann: Israel hat das iranische Regime ja geradezu vorgeführt, gezeigt, dass es nicht in der Lage ist, wichtige Persönlichkeiten zu schützen. Sind solche Demütigungen politisch klug?

Hardt: Ich glaube, dass man in Israel sagen wird, ja. In Israel gibt es, glaube ich, über Parteigrenzen hinweg die feste Überzeugung – und ich fürchte, die Überzeugung ist begründet -, dass der Iran sowieso Israel zerstören und vernichten will, und wenn er die Gelegenheit dazu hätte, zum Beispiel mit einer atomaren Bewaffnung entsprechend sein gesamtes militärisches und Erpressungspotenzial nutzen würde, genau das zu erreichen, oder über die Proxys wie die Hisbollah im Libanon, so dass man in Israel sowieso nicht von der Position ausgeht, dass der Iran in irgendeiner Weise zu befrieden sei unter der jetzigen politischen Führung des Iran. Insofern ist, glaube ich, dieses zeigen, wie stark man ist und zu was man

in der Lage ist und damit ein Stück weit das Regime vorzuführen und darauf zu setzen, dass innerhalb des Sicherheitsapparates dann auch ernsthafte Überlegungen da sind, sind wir wirklich so stark, wie die iranische Führung vorgibt zu sein, dass das im Vordergrund steht.

Was die richtige Strategie ist, das kann man von Deutschland aus schwer beurteilen. Es ist mit Sicherheit eine riskante Strategie. Wir haben es ja erlebt im April. Der Iran ist in der Lage, mit Marschflugkörpern, rund 300 hochmodernen Raketen Israel anzugreifen. Israel war in der Lage, diese Raketen abzuwehren, aber wenn nur ein Zehntel dieser Raketen israelisches Gebiet erreicht hätte, hätte es ja hunderte, wenn nicht gar tausende Tote gegeben. Es wäre eine massive Eskalation eingetreten und glücklicherweise ist das abgewehrt worden, auch von Verbündeten in der Region, nicht nur von westlichen Staaten wie Amerika, sondern auch von Verbündeten in der Region. Ob man sich darauf, angesichts der Wiederholung dieses Szenarios, wieder verlassen kann, das muss die Führung in Israel sorgfältig abwägen.

Heinemann: Was bedeutet diese – ich bleibe mal bei dem Begriff – Demütigung jetzt für den neuen iranischen Präsidenten Peseschkian, der ja angedeutet hatte, dass er das bisschen Befreiheit, das ihm die islamistische Führung lässt, für bessere Beziehungen zum Westen nutzen wollte?

Hardt: Offensichtlich glaubt man diesen Beteuerungen und Bekundungen nicht in Israel. Ich habe auch angesichts der Geschichte des neuen Präsidenten und seines bisherigen Wirkens im Lande Zweifel daran, ob er wirklich Frieden in der Region und eine Entspannungspolitik gegenüber Israel will. Ich kann mir allerdings schon vorstellen, dass er angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage des Landes und angesichts auch des Vertrauensverlustes, den die iranische Führung ja im eigenen Volk erleidet, weil die Sanktionen greifen, weil dieser Staat eine korrupte Diktatur ist, die zu keiner Modernisierung und zu keiner Weiterentwicklung fähig ist, dass er versucht, eine neue Politik einzuleiten, um das Vertrauen der Menschen in die politische Führung zu stabilisieren, das restlos am Boden liegt. Insofern hätte er vielleicht doch die Notwendigkeit oder die Möglichkeit, das eine oder andere zu tun.

Ob es tatsächlich im Blick auf die außenpolitischen Aktionen des Iran Veränderungen gibt, da habe ich auch meine Zweifel. Der Iran unterstützt ja die Huthis im Jemen, die am Ende auch deutsche Schiffe im Roten Meer beschießen. Der Iran unterstützt die Hisbollah, die schiitische Hisbollah. Der Iran unterstützt die Hamas, was wir ja gesehen haben, angesichts der Tatsache, dass dieser Hamas-Führer zur Präsidenten-Amtseinführung in Teheran gewesen ist. Die Israelis haben diese beiden Aktionen gegen den Hisbollah-Raketenchef in Beirut und gegen den Hamas-Führer in Teheran zeitnah zueinander ausgeführt, aber ich glaube, dieser Angriff gegen den Hamas-Führer, das ist eine Gelegenheit gewesen, die man sich auf israelischer Seite auch nicht entgehen lassen wollte. Man weiß, wo er sich aufhält, man hatte ein Ziel, das angreifbar war, und dann ist der Druck zu groß, es dann auch zu tun.

Heinemann: Herr Hardt, schauen wir auf einen anderen Akteur. In Ankara hat Erdogan den Terroristen Hanija als Bruder bezeichnet, den Anschlag verurteilt. Die Hamas ist für ihn eine Befreiungsorganisation. Wie sollten die NATO-Partner der Türkei damit umgehen?

Hardt: Zum einen glaube ich, dass Erdogan diese Worte wählt, weil er innenpolitisch schon ziemlich unter Bedrängnis ist. Die wirtschaftliche Situation in der Türkei ist schwierig. Die Situation mit vielen Nachbarländern ist schwierig. Insofern glaube ich, dass es auch für ihn der Versuch ist, seine Größe und Bedeutung als türkischer Präsident zu unterstreichen, wenn er sich als eine der Personen geriert, die in der islamischen Welt die Wortführerschaft oder eine Wortführerschaft für sich beansprucht.

Zum anderen glaube ich, dass man ihm aber sagen muss, dass die Türkei ohne NATO und ohne enge wirtschaftliche Beziehungen zum Westen, insbesondere auch zu Deutschland, vor extremen Problemen stünde, und ich würde mir wünschen, dass der deutsche Bundeskanzler, aber auch andere im Westen hinter verschlossenen Türen das Gespräch mit Erdogan suchen und ihm klarmachen, dass es für uns auch rote Linien gibt. Wenn man als Präsident eines NATO-Landes eine offensichtliche Terrororganisation mit Worten unterstützt und damit im Zweifel auch die Solidarität mit dieser Organisation nicht nur im eigenen Lande fördert, dann ist das für mich ein ‚No-Go‘, und früher oder später wird das auch in der Türkei kritisch diskutiert werden. Mein Vorschlag, der Bundeskanzler soll rasch mit Erdogan sprechen und gemeinsam oder abgestimmt aus der NATO ihm sagen, was man davon hält.

Heinemann: Herr Hardt, innenpolitischen Druck gibt es längst auch in Deutschland. Das heißt, durch Zuwanderung wird der Nahost-Konflikt auch in Deutschland ausgetragen. Was raten Sie jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in diesen Tagen?

Hardt: Jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger sollten sich immer dann, wenn sie sich bedroht oder angegriffen fühlen oder auch verbal beleidigt fühlen, ...

Heinemann: Schlimm genug, dass sie es sind.

Hardt: ... sich an die Sicherheitskräfte wenden, damit wir auch ein volles Bild haben und dass der Rechtsstaat auch voll zuschlagen kann. Ich weiß aus der jüdischen Gemeinde in meinem Wahlkreis, die im Übrigen die Situation im Nahen Osten sehr wohl verfolgt und sehr genau beobachtet, wer sich proisraelisch äußert, wer klarmacht, wo Deutschland in dieser Frage steht, und eben nicht versucht, irgendwie einen vagen Mittelweg zu gehen, dass diese Menschen, die Jüdinnen und Juden in Deutschland doch ein Gefühl der Bedrohung erleben, das sie über Jahrzehnte nicht haben. Und ich bin der Meinung, dass wir mit unserer Politik

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

gegenüber solchen rassistischen Angriffen, antisemitischen Vorfällen in Deutschland noch eindeutiger vorgehen müssen. Wir haben bisher immer die Frage des Holocaust in der Schule in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt, welches Unrecht dem jüdischen Volk geschehen ist und welche Konsequenzen Antisemitismus hat. Ich glaube, dass gegenüber Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus dem Nahen und Mittleren Osten dieses Argument nicht die Kraft hat, die es in Deutschland gegenüber deutschen Jugendlichen hat, weil diese jungen Menschen aus der arabischen Welt zum Beispiel sagen, was haben wir nach unserer Herkunft mit eurem Holocaust zu tun gegenüber den Juden. Insofern muss man eine neue andere Herangehensweise finden und ich glaube, es gibt gerade unter jungen Menschen aus der Zuwanderungs-Community viele, die in ihren Schulen früher Dinge über Israel oder über die vermeintliche Geschichte der Region gelernt haben, die schlicht falsch sind und die aufgeklärt werden müssen, und ich glaube, da sollten wir noch viel größere Anstrengungen unternehmen, die Bilder geradezurücken, die in der islamischen Welt mit Blick auf Israel, sein Existenzrecht, die historische Entwicklung in der Region eine Rolle spielen.

Heinemann: Herr Hardt, aber offenbar sind diese Bilder über Generationen hinweg nicht geradegerückt worden. Was bedeutet das denn für die weitere Asylzuwanderung aus diesen Gegenden?

Hardt: Jemand, der in Deutschland gegen andere Menschen, die in diesem Lande leben, hetzt, egal ob es Juden sind oder nicht, der stellt sich außerhalb unserer Rechtsordnung und der kann auch nicht für sich beanspruchen, in diesem Land warmherzig aufgenommen zu werden oder gar die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Ich finde, wir müssen ganz strenge Maßstäbe nicht nur im Blick auf die Sprachkompetenz und Integrationsfähigkeit, sondern auch im Blick auf die Haltung zu solchen zentralen Fragen der deutschen Politik anstellen. Deswegen finde ich es richtig, dass jemand, der antisemitisch in Deutschland sich äußert oder entsprechend durch solche Aktionen, antisemitische Aktionen aufgefallen ist, dass der nicht das Recht hat, deutscher Staatsbürger zu werden, auch wenn er hier vielleicht schon eine längere Zeit lebt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.